

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21-90 38/39  
Telex: 885845 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Wilhelm Schmidt MdB  
zu den Ereignissen  
beim Europapokal-  
Spiel in Dresden: Fuß-  
ball-Randale hat so-  
ziale Hintergründe.

Seite 1

Siegmar Mosdorf MdB  
zu den Erfordernissen  
der modernen SPD:  
Kompetenz und Lea-  
dership.

Seite 2

### Dokumentation

Björn Engholm,  
designierter SPD-Vor-  
sitzender, hielt vor dem  
World Economic Forum  
in Bad Godesberg  
einen Vortrag, den wir  
im Wortlaut veröffentli-  
chen: Hoffnung auf  
eine verheißungsvolle  
Welt-Epoche.

Seite 4

46. Jahrgang / 57

22. März 1991

### Fußball-Randale hat soziale Hintergründe Zu den Ereignissen beim Europapokal-Spiel in Dresden

Von Wilhelm Schmidt MdB  
Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die zunehmenden militanten Auseinandersetzungen, mit denen die Fußballstadien in Ostdeutschland Woche für Woche überzogen werden und die jetzt ihren vorläufigen Höhepunkt in den Krawallen und im Spielabbruch von Dresden gefunden haben, haben ihren Hintergrund in den wachsenden sozialen Spannungen, denen ganz besonders Jugendliche in den neuen Bundesländern ausgesetzt sind. Schon im Westen gibt es junge Menschen in beträchtlicher Zahl, die sich von der Familie, von der Schule und von den gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen nicht mehr angesprochen fühlen und ihrer Orientierungslosigkeit durch Protest freien Lauf lassen. Viel schwieriger ist die Lage für die Jugend in Ostdeutschland, wo sich der Umbruch in der Gesellschaft, begleitet von Ausbildungsplatz- und Arbeitsmangel, Geldsorgen und dem Gefühl der Benachteiligung, viel drastischer vollzieht.

Dies muß kein Verständnis für das schlimme Verhalten der Hooligans von Dresden, Rostock und Leipzig erwecken. Es zeigt aber den dringenden Handlungsbedarf, vor dem die Politik auch an dieser Stelle steht. Trotz des verständlichen Wunsches, die Arbeit der Sicherheitskräfte in den Fußballstadien effektiver zu gestalten - in Dresden waren die Polizeikräfte erschreckend untätig und taktisch unklug -, muß noch mehr an die Ursachen dieses gesellschaftlichen Konflikts herangegangen werden. Repressive Gewalt erzeugt wieder Gewalt, diese alte Erkenntnis möge allen (auch den Medien) ins Stammbuch geschrieben sein, die nun ausschließlich auf den "Gegenschlag" setzen.

Deshalb sei das umfangreiche Gutachten der Gewaltkommission in Erinnerung gerufen, das dem Bundesinnenminister und dem Bundestag Ende 1989 vorgelegt worden ist und bedauerlicherweise so schnell ohne spürbare Wirkung in den Bücherschränken von Kanzler, Ministern und Abgeordneten verschwunden ist. Unter dem Eindruck des Dramas im Brüsseler Heysel-Stadion 1985 hat die Kommission unter anderem ausgeführt:

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Freundlicher Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



"Im Verlaufe der letzten Jahre hat sich die Verantwortlichkeit für die Vorbeugung und Bekämpfung von Fan-Gewalt fast ausschließlich auf die Polizei als staatliche Ordnungsinstanz verlagert. Diese Entwicklung ist nicht nur im Hinblick auf das geltende Subsidiaritätsprinzip zweifelhaft ... Vielmehr können die Sicherheitsmaßnahmen der Polizei auch eine Reihe von unerwünschten Nebenwirkungen mit sich bringen. Das Einschreiten der Polizei kann gerade bei Jugendlichen ein Feindbild entstehen lassen, das zusätzlich belastend wirkt. Es ist unzutraglich, wenn das Bild vieler Jugendlicher von der Polizei durch Kontakte geprägt wird, die aus einer mit Aggression und Feindbildern geschürten Situation herstemmen. Das Einschreiten der Polizei kann zu einer weiteren Abnahme der Selbstverantwortung von Vereinen und Fans führen, die sich von ihrer eigenen Verantwortung 'befreit' fühlen. Folge ist die Zunahme verantwortungslosen Verhaltens...".

"Viele Fußballvereine haben ihre Verantwortung für die Fans bis zum heutigen Tage nicht erkannt."

Mit einer ganzen Reihe direkter Maßnahmen im Vorfeld und während der Fußballspiele (zum Beispiel Ordnung und Beruhigung des Stadiongeschehens, Maßnahmen zur Erregungsdämpfung, Maßnahmen zur Gewährleistung der Kommunikation, Regelrechtes und faires Spiel, Verbesserung der Strafverfolgung) bietet die Gewaltkommission eine sehr verantwortungsbewußte Palette von Möglichkeiten an. Sie plädiert aber auch mit Nachdruck für die Aktivierung der sogenannten Fan-Projekte, die ein wichtiger Beitrag für die Beruhigung und Orientierung der Szene sind. Damit werden auch die Erkenntnisse der Fan-Projekte in den zurückliegenden Jahren und die der sie begleitenden Wissenschaftler (wie Pilz, Hannover) positiv umgesetzt.

Es gibt aber auch eine zunehmende Verantwortung der Medien. Hierzu führt die Gewaltkommission unter anderem aus: "An oberster Stelle muß die Forderung stehen, Gewaltdarstellungen insbesondere im Fernsehen und in Videofilmen drastisch einzuschränken... Zur Schaffung eines fairemorientierten und gewaltfreien 'sportlichen' Klimas ist eine qualitative Änderung der Sportberichterstattung in den Massenmedien notwendig... Gewalt sollte weniger zur Nachricht werden als das faire Spiel... Für die Unterhaltungsprogramme muß die Forderung nach einer drastischen Reduzierung beziehungsweise Änderung der Gewaltdarstellungen besonders nachdrücklich wiederholt werden."

Es ist also im Prinzip alles geprüft und beschrieben. Den Verantwortlichen an den verschiedenen Stellen ist nun noch deutlicher die Frage zu stellen, warum sie danach immer noch nicht konsequent handeln.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Ausschreitungen zum Anlaß nehmen, darüber eine spezielle Debatte im Sportausschuß herbeizuführen. In dieser Frage gibt es dringenden Handlungs- und Koordinierungsbedarf der Regierungen in Bund und Ländern sowie des Deutschen Fußballbundes und seiner Vereine. Durch schnelles, aber besonnenes Reagieren muß der Kreislauf von Gewalt im Umfeld des Sports durchbrochen werden.

(-22. März 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Kompetenz und Leadership**

Zu den Erfordernissen der modernen SPD

Von Slegmar Mosdorf MdB

Es war Sonntag, im September 1982. Der Parteirat tagte. Volker Hauff saß mir mit der erst am Montag am Kiosk erhältlichen Ausgabe des "Spiegel" gegenüber. Helmut Schmidt kam später als erwartet, weil es in Hamburg Nebel hatte. Nebel lag auch über den politischen Eliten in Deutschland. Es war die Zeit kurz vor dem Mißtrauensvotum gegen die sozialdemokratisch

geführte Regierung durch die CDU und einer knappen Mehrheit in der FDP. Aber die ganze Wahrheit verlangt es auch daran zu erinnern, daß das auch die Zeit des Mißtrauens einer Mehrheit in der SPD gegen Helmut Schmidt war. Der Kanzler trat ein letztes Mal vor den Parteirat und machte ein Szenario für die Zeit nach einem "erfolgreichen" Mißtrauensvotum gegen seine Regierung auf: Die Herren Kohl und Genscher werden die Schlüsselfunktionen im Mediensektor nach ihren parteipolitischen Vorstellungen besetzen, den Bereich der Post und Telekommunikation privatisieren, die Filler-Stücke der öffentlichen Wirtschaft verkaufen und soziale Gerechtigkeit wird keine zentrale Kategorie mehr sein. Das Primat der Politik wird verlorengelassen. Und wir, wir Sozialdemokraten, stehen vor einer langen Opposition. Vieles von dem, was Helmut Schmidt vorausgesagt hat, ist eingetreten.

Nach dem Mißtrauensvotum konnten CDU und FDP Neuwahlen nicht vermeiden. Aber da Helmut Schmidt nicht zur Verfügung stand, kam es nicht zu einem Plebiszit, sondern zu einer ziemlich "normalen" Bundestagswahl im März 1983. Während nach dieser "Wende - Wahl" Hans-Jochen Vogel die in der Regierungszeit bequem gewordene Bundestagsfraktion wieder forderte und neu formierte, schlidderte die Partei weiter frustriert ziellos dahin. Erst als Hans-Jochen Vogel Parteivorsitzender und Hans-Ulrich Klose Schatzmeister wurden, begann auch in der Bundespartei der Prozeß der Konsolidierung. Zunächst machte noch jeder, was er wollte, Linke und Rechte führten Positionskämpfe, jeder auf eigene Rechnung und zu Lasten der Partei. Johannes Rau schaffte es, mit den "Nürnberger Beschlüssen" und seiner Wahlkampfkampagne, die Flügel der Partei näher zusammenzubringen. Seine Integrationsleistung zeigte Wirkung. Allerdings wurde seine Bundestagswahlkampagne von der jüngeren Generation "mißtrauisch begleitet", so wie die von Oskar Lafontaine diesmal von der älteren Generation "mißtrauisch begleitet" wurde.

Dabei hat Lafontaine es geschafft, einen entscheidenden strategischen Wendepunkt für die Sozialdemokratie zu erreichen: Durch das von ihm entworfene und verkörperte Programm eines "Neuen Fortschritts" wurde die SPD gerade auch für das grüne und das sozialliberale Spektrum wieder attraktiv. Lafontaine ist durch die rasende welthistorische Entwicklung, durch die Wiedervereinigung und das damit verbundene Nachholen der westdeutschen Geschichte der sechziger und siebziger Jahre in den neuen Bundesländern und durch eine nur taktische Reaktion darauf ausgebremst worden. Jetzt gilt es, endlich von der These des "Betriebsunfalls 1983" Abschied zu nehmen. Es gilt, Kohl als organisierendes Zentrum der Strukturkonservativen und der materialistischen Aufsteiger in Deutschland ernst zu nehmen. Es gilt, eine moderne Sozialdemokratie zu formieren. Eine Sozialdemokratie, die für einen Neuen Fortschritt steht und die diesen mit der Phantasie und der Kompetenz auch vieler Menschen, die noch nicht zu ihr gehören, durchsetzen will. Vier Dinge sind dafür jetzt besonders wichtig:

- Die Schlüsselaufgabe der SPD besteht in einer klug durchdachten grundlegenden industriepolitischen Durchbuchstabierung der "ökologischen Erneuerung der Volkswirtschaft". Ausgangspunkt dabei sollte das Programm "Fortschritt 90" sein. Wenn es gelingt, den ökologischen Produktionsfaktor von der Rohstoffförderung über die Produktionsprozesse und die Fertigungstechniken bis zu den Produkten selber in das Wirtschaften einzubringen, dann werden wir aus dem Spagat zwischen Ökonomie und Ökologie eine Kerze der ökologischen Produktivität machen. Dieses muß übrigens auch für die Forschungspolitik fundamentale Konsequenzen haben. Die Forschungspolitik hat eine gesellschaftliche Avantgardefunktion und ist keine Subventionsinstanz. Die grundlegende ökologische Ausrichtung der Industriegesellschaft muß gerade auch von der Forschungs- und Technologiepolitik gefördert werden. Das ist ökologisch und ökonomisch wichtig, das führt uns aus den vermeintlichen wirtschaftspolitischen und ökologischen Kompetenzfällen und das wird uns einen neuen Vorsprung vor dem Strukturkonservatismus von CDU/CSU/FDP einerseits und dem Aktionismus von Teilen der Grünen andererseits verschaffen.

- Die Sozialdemokratie muß nach der neuen Souveränität Deutschlands, nach der neuen Rolle der Supermächte, der anderen Ost-West und Nord-Süd Verhältnisse einen eigenen substanziellen Standpunkt zur internationalen Rolle Deutschlands festlegen. Das gilt für Europa, das gilt für das Atlantische Verhältnis und das gilt für die Struktur und Aufgabe der UNO. Willy Brandt hat dazu schon jetzt wichtige Vorschläge gemacht. Ich messe dem Arbeiten an einem außenpolitischen Godesberg eine zentrale Rolle für die Mehrheitsfähigkeit der SPD bei.
- Die moderne Sozialdemokratie muß sich öffnen und sie muß den gesellschaftlichen Sachverstand für sich mobilisieren. D.h. bevor politisch entschieden wird, werden in einer immer komplizierteren Welt die Ingenieure und Techniker, die Kaufleute und Handwerker, die Facharbeiter und Meister, die Professoren und Lehrer, die Künstler und das "geistige Deutschland" gefragt werden müssen. Partei und Demokratie darf keine "geschlossene Veranstaltung" sein.
- Dann, wenn die sachlichen Alternativen auf dem Tisch liegen, beginnt der gesellschaftliche, der politische Diskurs, und es beginnt die innerparteiliche Willensbildung. Nur bei einer professionellen "Willensbildung" können demokratische Fehlentscheidungen vermieden werden. Zur Willensbildung gehört, daß sachliche Positionen, ja daß Standpunkte bezogen werden, ohne daß jeweils auf taktische Risiken geschickt wird. Dazu gehört aber auch Leadership im richtigen Augenblick und die breite Akzeptanz dieser Meinungsführung durch einen demokratisch legitimierten Vorstand.

Wir stehen mit Björn Engholm am Anfang eines harten Weges der Reorganisation der SPD als politisch-organisatorische Kraft und der Schaffung einer modernen mehrheitsfähigen Volkspartei. Seine ersten programmatischen und personapolitischen Entscheidungen lassen hoffen, daß er gründlich an die Neuformierung der SPD geht und dabei folgende Maxime beachtet: "Leader must do the right things, Manager must do the things right." Außerdem ist Björn Engholm ein Team-player. Wenn das durch seine weiteren Führungsentscheidungen bestätigt wird, dann könnte eine neue Mannschaft aufs Feld kommen, die zum Powerplay gegen Kohl bereit ist, und die nichts mehr will, als kämpfen gegen einen dümpelnden Strukturkonservatismus, gegen einen reaktionären Zeitgeist und für eine moderne, offene, tolerante Gesellschaft mit einem humanen und ökologischen Entwicklungsziel.

(-/22. März 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Björn Engholm: Hoffnung auf eine verheißungsvolle Welt-Epoche**

Im Rahmen der Tagung "The politics of the new Germany: integration and cooperation?" des World Economic Forum in Bad Godesberg machte der designierte Parteivorsitzende, Björn Engholm, bei einem Kammingespräch am Abend des 21. März folgendes Einführungstatement.

Ihr Deutschland-Forum findet in einer Zeit weitreichender historischer Umbrüche statt.

Die alte Ordnung des Kalten Krieges ist zusammengebrochen; die neue noch nicht klar erkennbar. Ich hoffe, wie viele, daß wir - 200 Jahre nach der Französischen Revolution - in eine neue verheißungsvolle Welt Epoche eingetreten sind. Und zugleich weiß ich, daß alte, lange unterdrückte oder verdrängte Konflikte auferstehen. Die Situation ist also höchst widersprüchlich.

Die Entwicklungen verlaufen gegensätzlich:

- Das neue Verhältnis der atomaren Supermächte zueinander begründet große Hoffnungen auf eine friedlichere Welt. Gleichzeitig aber bricht mit der Aggression des Irak gegen Kuwait ein neuer Krieg im Nahen Osten aus.
- Gorbatschow erhält unter dem Beifall der Weltöffentlichkeit den Friedensnobelpreis. Zugleich aber geht sowjetisches Militär gegen die Souveränitätsbestrebungen im Baltikum vor.
- Nach vier Jahrzehnten des Kalten Krieges erklären im November 1990 die 22 Mitgliedsstaaten von NATO und Warschauer Pakt: Wir sind nicht mehr Gegner, sondern wollen neue Partnerschaften aufbauen und einander die Hand zur Freundschaft reichen. Und mit der KSZE-"Charta von Paris" gibt es jetzt eine gesamteuropäische Rahmenverfassung. Gleichzeitig aber drohen europäische Staaten - Jugoslawien oder die Sowjetunion - in politischen, ethnischen oder Nationalitätenkonflikten zu versinken.
- Und schließlich: Nach 40 Jahren der Teilung ist die deutsche Einheit Wirklichkeit geworden. Gleichzeitig gibt es neue brisante Formen der Entfremdung zwischen den Menschen in West- und Ostdeutschland. Die Mauer ist weg. In den Köpfen der Menschen aber entstehen neue Mauern.

II.

Diese polaren Entwicklungen sind Folge eines weitreichenden zeitgeschichtlichen Paradigmenwechsels. Ein Wechsel, kurz gesagt, weg von der Dominanz des Militärischen hin zur Dominanz des Zivilen. Ökonomie und Ökologie werden heute zu entscheidenden Quellen von stabiler Zukunft in Europa. Unsere Sicherheit hängt heute mehr denn je an einer prosperierenden, umweltverträglichen Wirtschaftsentwicklung.

Wir alle haben den revolutionären Mut der Menschen in Osteuropa und in der DDR bewundert. Wir dürfen jetzt nicht zulassen, daß die Menschen dort in Hoffnungslosigkeit, in Resignation, in Verzweiflung oder gar in die Flucht getrieben werden. Wir müssen einen neuen Ost-West-Konflikt entlang einer Armutsgrenze mitten durch Europa verhindern!

Die EG hat den Kapitalbedarf für Osteuropa in den nächsten zwei Jahren auf mindestens 15 bis 20 Milliarden US-Dollar geschätzt. Der alte Marshallplan der USA, der sechzehn westeuropäischen Staaten half, kostete von 1948 bis 1951 rund drei Milliarden US-Dollar pro Jahr. In heutigen Preisen wären dies etwa 16 Milliarden US-Dollar jährlich. Vier Jahre lang jährlich 16 Milliarden US-Dollar für einen westeuropäischen Marshallplan zugunsten Osteuropas würden pro Jahr etwa 0,3 Prozent des Bruttosozialprodukts der EG erfordern. Der Westen hat zu lange gezögert und bereits viel versäumt.

Ich plädierte für einen "Marshallplan Osteuropa" als Sofort-Investition in eine gemeinsame europäische Zukunft. Die Europäische Gemeinschaft steht jetzt vor der größten Bewährungsprobe seit ihrem Bestehen.

Sie steht zudem in den nächsten Jahren vor der Notwendigkeit ihrer Erweiterung. Trotz aller aktuellen Sorgen sollten wir mit der Nord- und der Osterweiterung nicht warten.

III.

Der kategorische Imperativ der deutschen Innenpolitik der nächsten Jahre heißt für mich: Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Deutschland - das ist unser Verfassungsauftrag.

Die Menschen in der ehemaligen DDR haben sich für die Demokratie, für den Rechtsstaat und für die soziale Marktwirtschaft entschieden. Das ist die Basis. Das ist Konsens, der die Menschen in Ost- und Westdeutschland eint. Jetzt müssen Politik und Wirtschaft zeigen, was sie können. Einen "marktwirtschaftlichen Urknall" und Wohstand im Selbstlauf wird in den neuen Ländern nicht geben. Mit dem alten "laissez-faire, laissez-aller" des 19. Jahrhunderts kommen wir angesichts der desolaten Verhältnisse nicht weiter.

Schnell, massiv und zielgenau muß jetzt in die öffentliche Infrastruktur der neuen Länder investiert werden. Das Nadelöhr der schlechten Infrastruktur muß rasch erweitert werden, damit private Investitionen in großem Stil hindurch können. Dazu gehört auch die eindeutige Klärung der Eigentumsverhältnisse nach dem Prinzip "Entschädigung vor Rückgabe". Meine Partei hat einen "Nationalen Aufbauplan für die Zukunft der neuen Länder" vorgelegt. Er weist in die richtige Richtung.

In den letzten Monaten ist das vereinte Deutschland zunehmend ins Fadenkreuz der internationalen Kritik geraten.

Roger Fauroux, der französische Industrieminister, sagte kürzlich im Hinblick auf Deutschlands Rolle im Golfkrieg: "Es wäre schade, wenn Deutschland eine Art Großschweiz würde und kein Interesse für die Probleme der Welt hätte." Ein Jahr zuvor noch warnte "Newsweek" vor "A united Germany - The new Superpower". Ich empfehle Gelassenheit. Das vereinte Deutschland ist fest im Nordatlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft verankert. Deutschland ist also weder eine Großschweiz, noch wird es eine Supermacht in furchterregendem Sinne werden.

Doch es wird größere Verantwortung übernehmen. Es muß zur Lösung globaler Probleme beitragen, die die Zukunft der Weltgesellschaft existenziell gefährden. Das heißt für mich vor allem:

1. Krieg muß als Mittel der Politik künftig ausscheiden! Das große menschliche Leid und die verheerenden ökologischen Schäden, die der Krieg am Golf hinterlassen hat, lassen für mich keine andere Schlußfolgerung zu. Dieser Krieg kann kein Vorbild sein für künftige Konfliktlösungen. Wir brauchen jetzt effektive zivile Befriedigungsstrategien, die Aggressoren wie Saddam Hussein keine Chance lassen. Und dazu gehört vor allem, daß solche Leute von niemandem aufgerüstet werden. Als Mitglied der Internationalen Staatengemeinschaft wollen wir unsere größer gewordene Verantwortung durch friedenspolitische Initiativen wahrnehmen, die dadurch glaubwürdig sind, daß wir uns künftig dem Geschäft mit der Aufrüstung rund um den Globus verweigern.
2. Wenn in Brasilien verarmte Landarbeiter auf der Suche nach neuen Erwerbsmöglichkeiten massenhaft die ökologisch unersetzlichen Tropenwälder roden, läßt uns das in Europa oder Nordamerika längst nicht mehr kalt. Die globale ökologische Herausforderung stellt uns existenziell auf die Probe. Wir müssen ein Bewußtsein für die "eine Welt für alle" entwickeln. Wir dürfen nicht zulassen, daß weite Teile der Entwicklungswelt vollends kollabieren. Und in den westlichen Industrieländern müssen wir - wie es die Brundtland-Kommission fordert - bei der ökologischen Erneuerung unserer Volkswirtschaften vorangehen.

Am Schluß noch ein Wort zu Europa: Es wird neue Weltgeltung erlangen. Aber nicht als neue Supermacht, sondern als ein führender Partner in der Weltinnenpolitik. Als Partner in einer globalen Verantwortungsgemeinschaft. Und diese Partner einer neuen Weltinnenpolitik definieren sich nicht vorrangig durch ihr Militärpotential. Sie definieren sich künftig durch ihre ökonomischen Potentiale und ihre Fähigkeit, diese sozial, ökologisch und kulturell sinnvoll in die Weltgesellschaft einzubringen. Neue Weltgeltung erlangen heißt, Politik in diesem Sinne vorbildlich gestalten.

Daran mitzuwirken, ist vor dem geschichtlichen, geographischen und wirtschaftlichen Hintergrund, den Deutschland hat, eine unglaubliche Chance unserer Generation.

(-/22. März 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*